

Vermischte Kriegsnachrichten.

Kein Waffenstillstand an Weihnachten.

a. B. Rotterdam, 23. Dez. Aus dem englischen Hauptquartier wird gemeldet, daß von einem Entgegenkommen dem Feinde gegenüber anlässlich des Weihnachtsfestes diesmal keine Rede sein werde. In einem Waffenstillstand sei nicht zu denken. Sämtlichen Mägen der Armee wurde in einem Tagesbefehl eingeschärft, daß Krieg fort und man solle bedenken, daß die Deutschen immer einen schänen Grund für ihre Handlungen hätten, auch wenn sie anscheinend Freundschaftliche erwiesen.

Ein dänischer Dampfer aufgegriffen.

a. B. Kopenhagen, 23. Dez. Der dänische Dampfer „Selin“, mit Eisen, von Schweden nach Kamao unterwegs, wurde von einem deutschen Torpedoboote angehalten und als gute Preise nach Stettin gebracht.

Englands Schiffsanwerbungen.

a. B. Rotterdam, 23. Dez. Die „Times“ schätzen die Zahl der Schiffe, die die englische Regierung jetzt geordert hat, auf fast die ganze Stärke der deutschen Handelsflotte vor dem Kriege. Das Blatt schreibt auch, daß die Räumung von Subla und Anzac eine Anzahl Schiffe für den gewöhnlichen Handel freimacht und den Druck auf die Befrachter erleichtern muß.

Ein drittes belgisches Graubuch.

T. U. Haag, 23. Dez. Der „Nieuwe Courant“ meldet: Die belgische Regierung wird in kurzer Zeit ein drittes Graubuch als Antwort auf das deutsche Weißbuch über den Frankreichkrieg herausgeben.

Die Räumung Gallipolis und die Frachtpreise.

T. U. London, 23. Dez. Im Anblick auf die Frachtpreise schreibt die „Times“, daß durch den Abzug aus Sunda eine Anzahl Handelschiffe frei werden, wodurch eine Besserung in der jetzigen englischen Handelschiffahrt zu erwarten ist.

Der deutsch-englische Zivilgefangenen-Austausch.

T. U. Amsterdam, 23. Dez. Heute nacht sind in Billingen 85 gefangene Engländer aus dem Internierungslager zum Ableben per Extrazug eingetroffen. Es waren mit Ausnahme von zehn jungen Leuten, Männer im Alter von 45 Jahren, die zum größten Teile der britischen Marine angehörten. Sie hatten 16 Monate im Internierungslager zugebracht. Um 6 Uhr morgens setzten sie heute ihre Fahrt nach England fort.

Italienische Unzufriedenheit mit England.

T. U. Lugano, 23. Dez. In der italienischen Presse nehmen die Stimmen der Unzufriedenheit mit England auffallend zu. Nachdem die „Tribuna“ vorgezogen England vorgeworfen hatte, daß es aus den hohen Frachtpreisen und Kohlenpreisen von den Verbündeten ungeheure Gewinne einziehe, beschuldigt jetzt ein Leitartikel der „Popolo d'Italia“, England betteilt, diesen Verbündeten, daß er egoistisch handle, während die anderen Ententegeossen einig alles fingenben. Der Minderbedarf für Landwirtschaft und Industrie, den England als Ausrede gegen die Einführung der Dienstpflicht anführe, gelte auch für alle anderen. Das englische Volk müsse gleich den übrigen ein Massenangebot in Feuer führen. Die härtesten Anklagen des Artikels sind dabei von der Zensur getriden.

Die U-Boot-Gefahr im Mittelmeer.

a. B. Genf, 22. Dezember. Der Emiriter der französischen Marine Lanessan sagt im „Revue Maritime“, die Gefahr der feindlichen Tauchboote im Mittelmeer werde täglich größer. Einen Vergleich mit dem U-Bootkrieg in der Nordsee könne man hier nicht ziehen, weil in der Nordsee nur wenige Schlußwinkel für die deutschen Tauchboote vorhanden seien. Nachdem jetzt der Drientkrieg die große Ausdehnung angenommen habe, sei die Vernichtung der Tauchboote eine Lebensfrage des Viererbundes. Deshalb müsse auch jede Mühe auf Spanien und Griechenland aufgewandt. Der Viererbund müsse ein Gesetz erlassen, wonach neutrale Staaten, die auch nur indirekt die Tauchboote verproviantieren, sofort in Kriegszustand zu erklären seien, wonach die verbündete Flotte berechtigt sei, an allen neutralen Küsten und in allen Häfen die Polizeitgewalt auszuüben, sowie die Schladde zu verhängen.

50 goldene Nägel des Zaren Ferdinand für den Eisernen Hindenburg.

Am Mittwoch erhielten am Eisernen Hindenburg in Berlin der bulgarische Militärbevollmächtigte Oberst Gantchev und fofug im Auftrag des Zaren Ferdinand 50 goldene Nägel (5000 Mark) in den Namenszug des Generalfeldmarschalls. Dem Zaren der Bulgaren wurde auf drahtlichem Wege für die Spende gedankt.

Die Joridische Friedensexpedition vorläufig aufgegeben.

T. U. Kopenhagen, 22. Dez. Der amerikanische Missionar Ford, der mit 170 Amerikanern in Kristiania eingetroffen ist, um seine bekannten, vorläufig etwas unklaren Friedenspläne zu verwirklichen, ist in der norwegischen Hauptstadt schon erkrankt und hat die geplante Weiterreise nach Schweden, Dänemark und Holland wahrscheinlich endgültig aufgegeben. Ford scheint sich auf europäischem Boden der Schwierigkeiten seines Unternehmens bewußt geworden zu sein. Die skandinavische Presse vertritt den Brief der Joridischen Gesellschaft, die deren aufrichtigen Idealismus, aber gänzliche Verkenennung der tatsächlichen Schwierigkeiten beugt.

Die Aufständebewegung in Persien.

T. U. Kopenhagen, 22. Dez. Der „Monroe Bremen“ wird aus Teheran gemeldet: Die Hauptkräfte der persischen Aufständischen nehmen bei Hamadan sehr starke Besitzungen ein. Die Kerntrupps der Aufständischen bildeten persische Gendamerie, die 8000 Mann zählten. Das von den Aufständischen aufgeführte Zeughaus enthalte 18 00 Gewehre, 12 Maschinengewehre und 2 Millionen Patronen. Eine Abteilung Aufständischer befindet sich in Kum. In Vermandschah herrscht allgemeiner Aufruhr.

Der Generalfeldmarschall in Wien...

WTB. Bern, 23. Dez. „Corriere della Sera“ meldet aus Bari: Bulgarische und albanische Banden denunruhigen fortwährend die Ueberreste des serbischen Heeres.

Vorläufig noch keine Monopole.

Erkundung eines Berliner Mitarbeiters.

Die vielfach geäußerte Meinung, dem Reichstage würden zur Ausgliederung des Haushalts 1918/17 bereits Monopolvorlagen gegeben, trifft, wie wir hören, nicht zu. Dem Reichstage werden nur solche Steuererlässe gehen, von denen annehmbar ist, daß sie keinen großen Widerstand begegnen, daß sie leicht durchführbar und einen neuen Beamtenapparat erfordern werden. Demgemäß wird es sich im wesentlichen um eine Erhöhung schon bestehender Steuern und Gebühren handeln, durch die die breite Masse des Volkes in ihrer Lebenshaltung nicht beeinträchtigt werden wird. Auch an eine höhere Besteuerung des Bieres und Branntweins wird nicht gedacht. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, eine Erhöhung der Zigarettensteuer, eine Stempelsteuer und einige Verkehrssteuern kämen in Betracht, darunter auch eine Erhöhung der Postposten. Eine Erhöhung der Fahrkartensteuer ist jedoch, wie wir hören, ebenfalls ausgeschlossen, weil sie keine nennenswerten Erträge bringen würde. Die Höhe der gesamten Steuerforderungen liegt noch nicht fest, jedoch wird mit mehreren hundert Millionen gerechnet.

Teures Geld.

Allgemein herrscht die Erwartung, daß die Sätze des nationalen und des internationalen Geldmarktes nach dem Kriege sehr hoch sein werden. Nicht alle nationalökonomischen Voraussetzungen auf diesem Gebiete umgestoßen werden, muß es so kommen. Die Regierungen haben für die Kriegsdurchführung riesige Summen gebraucht und werden für Kriegs- und Friedensbedürfnisse noch mehr brauchen. Die Gemeinden, Kommunalverbände usw. müssen in allen Ländern der Welt sehr stark in die Kriegskasse eingegriffen werden. Die Friedensorganisation wird bei Kriegsausbruch eine recht hohe und plötzliche Zinsenprämie der Geldmärkte verursachen. Vor allen Dingen aber wird der private Geldbedarf außerordentlich sein, und zwar sowohl zur Abtragung von Verpflichtungen wie zu neuen Unternehmungen. Das Geld hat sich in diesem Kriege verarmt, d. h. es hat getratete Orte oder einzelne Märkte aufgefunden. Beispielsweise haben die Vereinigten Staaten einen recht großen Teil der internationalen Bestände an sich gezogen. Es ist jedoch kein Zweifel, daß diese Summen bald wieder in Fluß kommen. Sie werden vielleicht schon während des weiteren Kriegsverlaufes nicht mehr so festliegen wie bisher, wenn die Note der Vereinigten Staaten an England den internationalen Warenverkehr wieder mehr als bisher in Gang bringt. In dieser Beziehung äußerte sich kürzlich ein hervorragender Montan-Industrieller, der Generaldirektor der Kaiser Eisen- und Stahlwerke, Peter Kläber, und dem wir hier manches vernünftige und zutreffende Konjunkturwort hören, höchst hoffnungslos. Zwar ist er auch ein hoher Geldbesitzer voraus, doch vertrat er die Ansicht, daß das Geld aus den Kontoren, wo es sich angelamelt hat, herauskommen wird. Es wird und muß Anlagemöglichkeiten finden, sich natürlich am liebsten dahin wenden, wo es auf eine rege Arbeit trifft. Denn ohne Arbeit ist eine Rentabilität des Geldes nicht möglich. Das hat ja Frankreich zu seinem Schanden erfahren müssen, und das schiefert in geringerer Maße auch England, wo die Rentierbildung schon fast in Gang war. Wenn also auch das Geld teuer sein wird, so wird Deutschland als arbeitsames Land doch genug davon haben. Die hohen Geldsätze werden hauptsächlich der nach dem Kriege sicherlich einsetzenden Spekulation entgegenarbeiten. Zwar liegt sich die Spekulation erfahrungsgemäß durch teures Geld nicht völlig abkneifen, sie kann aber immerhin auf diese Weise gemildert werden. Wenn teures Geld zu erwarten ist, so muß dafür gesorgt werden, daß die Leute, welche infolge Kriegseinstnahme oder aus Gründen, die für sie „höhere Gewalt“ waren, in Wirtschaftsbetrieben geraten sind, nicht darunter zu leiden haben. Wir müssen vor allen Dingen den durch den Krieg in Defizitnot geratenen Wirtschaftsbetrieben Hilfsposten des Mittelstandes einbringen. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Ebenso muß der Grundbesitzer vor einer Selbstüberwertung bewahrt werden. Es könnte gar nichts schaden, wenn man sich jetzt schon mit Energie an die Lösung dieser

Deutsches Reich.

Hindenburgs Beleid zum Tode Cunnichs.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg fandte folgendes Telegramm an die Gemahlin des Verstorbenen: „Eurer Erzelenen sende ich tiefbewegt den Ausdruck unglücklicher, trauerlicher Teilnahme. Auch ich habe in dem teuren Entschlafenen viel verloren. Er ruhe in Frieden!“

v. Hindenburg.

Kriegsgewinnsteuer und Reichsschulden.

T. U. Berlin, 23. Dez. Wie die „Tägliche Rundschau“ von unrichtiger Seite erzählt, wird von der Reichsfinanzverwaltung der Ertrag der kommenden Kriegsgewinnsteuer nicht dem allgemeinen Reichsfiskus als eine im ordentlichen Reichshaushalt zur Befriedigung laufender Bedürfnisse zu verbrauchende Einnahme zugeführt, sondern zur Abhebung der Reichsschuld verwendet werden. Ueber den vorläufigen Ertrag der Kriegsgewinnsteuer fehlt es bisher an jeder zuverlässigen Grundlage, dennoch aber rechnet man nach dem Hebesatz, der sich aus den bisher erkundbar gewordenen Kriegsgewinnen und der Vermögensbewegung ergibt, im Hinblick auf die zu erwartenden hohen Steuererträge mit bedeutenden Erträgen, die doch durch ein erhebliches Kosten der Reichsschuldentilgung zugute kommen und eine Verbesserung der laufenden Reichswirtschaft durch Verringerung des Zinsendienstes eintreten wird.

Die Januararbeiten des Reichstages.

T. U. Berlin, 23. Dez. Der „Vorwärts“ meldet: Der Haushaltsausschuß des Reichstages wird seine Arbeiten bereits am Montag, den 10. Januar, oder aufnehmen. So erledigen sich noch die Fragen der Zensur und des Verlags-

rungszustandes. Das Menum tritt einen Tag später, am 11. Januar zusammen. Man rechnet damit, daß der Reichstag bereits am 15. Januar wieder bis zur Wärs vertagt werden kann. In März wird dann der Etat vorgelegt, der diesmal bestimmte Einnahmen aus den kommenden neuen Steuern enthalten soll. Das legt natürlich voraus, daß die Steuererlagen erst vom Reichstag verabschiedet werden. Verfassungsmäßig soll der neue Etat bis zum 31. März durchberaten und fertiggestellt sein; ob das möglich ist, wenn vorher noch Steuererlässe gemacht werden müssen, erscheint einigermaßen fraglich.

Einschränkung des französischen Sprachunterrichts in Lothringen.

Der elsass-lothringische Oberkultur ordnete an, daß mit Beginn des Winterhalbjahrs die französische Sprache von dem Stundenplan der Volksschulen zahlreicher lothringischer Orte gestrichen wird, weil die Kinder zur Hälfte, teilweise zu zwei Dritteln Deutsch reden.

Nach ein Sozialdemokrat als Offizier.

Redakteur Goldschagg an der sozialdemokratischen Chemnitzer Volkstimme, der zuerst an der Westfront steht, wurde zum Leutnant befördert.

Ausland.

Graf Tisza über die „Ancona“-Note.

Karl B. Adernann, der Berliner Vertreter der „United Press“ in Amerika, hatte in Offen-Pest eine Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza über die „Ancona“-Angelegenheit. In dem Redebericht Adernanns heißt es:

„Ich muß gestehen“, begann Graf Tisza, „daß die amerikanische Note uns sehr überrascht hat. Es liegt uns fern, mit Amerika Streit zu suchen. Vielleicht ist Streit nicht das richtige Wort, denn ich weiß, es wird nicht dazu kommen; aber ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß nicht nur die amerikanische Bevölkerung, sondern auch die verantwortlichen amerikanischen Staatsmänner ihre Ruhe zeigen werden, um die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrecht zu erhalten. An entsetzliche Störungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika zu denken, ist dritter U s i n n. Es liegt kein Grund dazu vor. Die „Ancona“-Fall muß im Guten geklärt werden, nicht nur vom amerikanischen Standpunkt aus, sondern auch von unserer. Wie dies erliegen wird, kann, das ist augenblicklich die Frage, die bei beiden Ausgängen kommen kann, ist der hoffentlich, mittels welchem Vorläufe gemacht werden können.“ Das ein Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern von Graf Tisza gar nicht in Betracht gezogen wird, beweist ein anderer Ausbruch des Ministerpräsidenten. Er sagte, daß die Regierung sich augenblicklich stark mit der Frage beschäftigen, wer zu dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter in Washington auserwählt werden solle. Tisza bemerkte: „Selbstverständlich wird einer gewählt; aber es wird schwierig sein, ihn dorthin gelangen zu lassen.“

Die Moskauer Deutschenheer vor Gericht.

WTB. Moskau, 22. Dezember. „Aufstöße Slowo“ meldet: In Moskau wurden sechs Personen wegen Teilnahme an der Deutschenheer und Wünderungen fremden Eigentums zu 2 bis 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterfrauen wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor das Kriegsgericht gestellt. Die Kriegsgerichte sehen für dieses Vergehen die Todesstrafe oder schwere Zuchthausstrafe vor.

Die Wlissinger Besatzungen.

a. B. Amsterdam, 23. Dezember. Der holländische Kriegsminister teilt mit, daß mit dem Bau der Besatzungen von Wlissingen, der vor dem Kriege in England und Frankreich aufs äußerste befähigt wurde, fortgefahren werden soll, da die Gründe, die zu dem Bau Anlaß gegeben haben, ungeschwächt fortbestehen. Bei der Anlage der Besatzungen werde den im jetzigen Kriege gewonnenen Erfahrungen Rechnung getragen werden.

Deutscherisch-ungarische Gefangene in Tunis.

a. B. Wien, 23. Dezember. Der „Zeit“ wird aus Genf gedruckt: 2000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene sind aus Serbien in Tunis angelommen. Sie wurden in das Hinterland der Kolonie gebracht.

Getreidenot in Italien.

a. B. Wien, 23. Dezember. Die „Zeit“ bringt eine Drahtmeldung aus Lugano, wonach die italienische Regierung eine Erklärung bezüglich des Getreidemangels im Lande erließ und zur Abhilfe große Getreidekäufe durch die Vermittlung Englands antändigt.

Urlaub des deutschen Gesandten in Persien.

WTB. Berlin, 20. Dez. Wie die Nordd. Allg. Ztg. hört, ist dem Kaiserlichen Gesandten in Persien Prinzen Heinrich XXXI. Reuß aus Gesundheitsrücksichten ein Urlaub bewilligt worden. In seiner Vertretung wird Generalkonsul Dr. Rajfel als Gesandter in außerordentlicher Mission die Geschäfte übernehmen. Dr. Rajfel war viele Jahre als Kaiserlicher Konsul in Tez tätig. Er befindet sich gegenwärtig als diplomatischer Vertreter im Hauptquartier in Bagdad.

General Villa sucht ein Unterommen.

London, 22. Dez. „Morning Post“ teilt mit, daß nach Berichten aus Chihuahua General Villa die Absicht habe, in den Vereinigten Staaten, oder wenn dies nicht zu gelanden würde, in Europa ein Unterommen zu finden.

Japan als Unruhigher in China.

a. B. Von der russischen Grenze, 21. Dezember. Wie zunächst den Zeilen einer Meldung des „Aufstöße Slowo“ ersichtlich ist, sind die Japaner zweifellos die Unruhiger der in Shanghai ausgebrochenen Unruhen. Daß die Bewegung der Meuterei auch auf die Fremdenviertel übergriff, war in der japanischen Berechnung vorgelegen, denn hierdurch wollte Japan sich das Mandat der Ententeemächte in den Wirren verschaffen. Die tauche Unterdrückung der Meuterei bewirkt die Japaner an den besten Kommand zum Gelingen.

